

# Die Leipziger Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 224 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 212

**Bezugspreis:** für Halle und Dorote monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75, für den Rest des Monats Mk. 1,34, einjährlich Mk. 4,00 außer Postgeb. **Morgen-Ausgabe** Montag, 12. Mai **Anzeigenpreis:** dieses Anzeigen ist je Zeile 20 Pfg., auswärts je Zeile 40 Pfg. — **Geschäftsstelle:** Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Centrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5900 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 30512. **Geschäftsstelle Berlin:** Bernburger Str. 80, Fernruf Amt Kurier Nr. 6290 Elbener Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Ehle, Halle-Saale

# Clemenceaus Antwort

**Verfaßtes, 11. Mai.**  
Die Note der deutschen Friedensdelegation über die allgemeine Forderung des Friedensentwurfes wurde durch Clemenceau am 10. Mai mit folgender Note beantwortet:  
**Herr Vorsitzender!**

Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte haben von der Note Kenntnis genommen, welche die Forderung der deutschen Friedensdelegation enthält. In Erwartung dieser Mitteilung haben die alliierten und assoziierten Mächte hier die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte hier die Vertreter des Friedens, sowie die in Betracht kommenden, aufrecht zu erhalten. Sie können nur Anträgen praktischere Art zu antworten haben, die die deutschen Bevollmächtigten zum Vergleich mit dem Entwurf meiner ausgezeichneten Forderung.

Diese Antwort enthält, obwohl sie formal keine grundsätzliche Forderung des Friedensentwurfes abzuwehren enthält, tatsächlich eine neue Forderung, die die Vertreter am 5. Oktober bis 5. November vorigen Jahres, im Zusammenhang mit der praktischen Verhandlung über die allgemeinen Punkte des Friedensentwurfes machte. Daß solche Forderungen nicht beabsichtigt sind, ergibt sich aus dem Text der Note, die eine gewisse Ausdrucksweise in Bezug auf die Forderung des Friedensentwurfes enthält.

Auf die Note über den Völkerverbund hat Clemenceau geantwortet:  
Ich habe die Ehre, Ihnen den Entwurf des deutschen Friedensentwurfes eines Völkerverbundes zu übersenden. Der Entwurf wird bei unabhängigen Kommissionen, die durch die alliierten und assoziierten Mächte gebildet ist, übermittelt werden. Die deutsche Delegation wird durch eine neue Prüfung der Forderungen und Bedingungen hinsichtlich des Völkerverbundes, die der Regierung zur Verfügung neuer Mitglieder in diesem Zusammenhang übermitteln ausdrücklich in 2. Absatz des 1. Artikels gerechtfertigt ist.

Geheimlich ist der Entwurf meiner ausgezeichneten Forderung.  
**ges. Clemenceau.**  
Diese Antwort macht den Hauptpunkt unserer Frage, die hierauf Bezug hat, deutlich. Die deutsche Delegation hat bei der Prüfung des Entwurfes unterzogen sein, obwohl es nicht als unzulässig, noch als einseitig, als Mitglied dem Bande angeht.  
In Anbetracht der in der 1. Antwort enthaltenen Aufstellungen werden heute praktische Fragen und Bemerkungen, die sich auf die territorialen Bestimmungen Bezug haben.

### Die Kriegsgefangenen-Frage

**Berlin, 11. Mai.**  
In einer Note vom 21. April waren die Alliierten ersucht worden, ihnen jetzt die Zustimmung zur Vorbereitung für eine allgemeine Forderung der Kriegsgefangenen zu geben. Zuversichtlich war vorzusehen worden, eine Unterkommission für die Kriegsgefangenen ist in Vorbereitung der Frage einzutreten zu lassen.

Karlsruhe hatten die Amerikaner am 30. April mitgeteilt, daß zum Vertransport der Gefangenen in amerikanischer Weise bereits alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen seien. Die deutsche Regierung brachte, wenn der Zeitpunkt der Verbringung gekommen sei, nur den Bestimmungsort anzufragen.  
In der Sitzung vom 10. Mai erklärte ein General, daß die Frage der Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen für den Zeit nicht jetzt gelöst ist, daß sie vielmehr einer Unterkommission oder Einzelfragen bedürfen werden müßte. Haupterlöbnis die diesbezügliche von Major Babb in dem in dem angelegten Schritte zu prüfen und den die allgemeine Forderung ist, der in Folge zu erwarten ist. Der Haupterlöbnis die diesbezügliche von Major Babb in dem in dem angelegten Schritte zu prüfen und den die allgemeine Forderung ist, der in Folge zu erwarten ist.

### (Eigene Drahtmeldung der S. P.)

**Verfaßtes, 11. Mai.**  
Herr F. Schöffer, Mann an der Friedenskommission, heute in einer Note an den Vorsitzenden der Friedenskommission Clemenceau den der deutschen Friedensdelegation übergebenen Entwurf bezüglich der Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilisten fangen an und erlaubt, die Einzelheiten über diese Fragen einer besonderen Kommission zu übermitteln. Wegen der großen Schwierigkeiten der vollständigen Durchführung der Heimführung der Kriegsgefangenen namentlich in Anbetracht der Knappheit des Platzes, wenn die Heimführung nicht alsbald verhandelt werden kann, hat die Kommission die Aufgabe, die Heimführung der Kriegsgefangenen und Zivilisten fangen an und erlaubt, die Einzelheiten über diese Fragen einer besonderen Kommission zu übermitteln. Wegen der großen Schwierigkeiten der vollständigen Durchführung der Heimführung der Kriegsgefangenen namentlich in Anbetracht der Knappheit des Platzes, wenn die Heimführung nicht alsbald verhandelt werden kann, hat die Kommission die Aufgabe, die Heimführung der Kriegsgefangenen und Zivilisten fangen an und erlaubt, die Einzelheiten über diese Fragen einer besonderen Kommission zu übermitteln.

über die in Absatz 13 des Entwurfes der Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen aufgestellten Forderungen hinsichtlich der in den besetzten Ländern in anerkannt vorkommender Weise mit Hilfe der Arbeiterschaft schon durchgeführt ist. Zur Mittelform an der Gestaltung dieser Dinge ist es notwendig, während der Friedensverhandlungen Vertreter der Landesorgane der Arbeiterschaften oder vertragsfählichen Länder zu einer Kommission nach Verfaßtes zu berufen.

### Der Kaiser wird ausgeliefert?

**(Drahtmeldung der S. P.)**  
**London, 10. Mai.**  
Die „New Yorker News“ melden aus dem Haag, daß die holländische Regierung beabsichtigt hat, den früheren deutschen Kaiser auszuliefern.

**Verfaßtes, 11. Mai.**  
Der holländische Staatsminister Geerin-Lohmann äußerte sich auf die Frage eines Verlieferers, ob Holland den deutschen Kaiser ausliefern soll, folgendermaßen: Holland ist an Gerechtigkeit und Recht gebunden und die Auslieferung des Kaisers würde durch die sämtlichen Mächte gebilligt werden. Der Kaiser wird durch die Auslieferung, so wird Deutschland selber Holland um Auslieferung anzufragen müssen. Denn die Auslieferung selbst hängt von unserem Vertrag mit Deutschland ab. Man kann wohl Holland den Kaiser erklären, wenn man den Kaiser selbst aus dem Land fortziehen will, aber das ist doch sehr unwahrscheinlich. Soweit ich es beurteilen kann, ist die ganze Kammer der Ansicht, daß die Auslieferung nicht durchzuführen wird.

### Schlesischer Protest

**Breslau, 11. Mai.**  
Der Provinzialparlament von Schlesia hat eine Kundgebung an die Regierung und das Parlament gerichtet, in der er die Empörung ganz Schlesiens über die Friedensbedingungen ausdrückt, die auf unabsehbare Zeit willigen wirtschaftlichen Ruin anzuwenden, schädliche Wirtschaft und Schiffbauerei des deutschen Volkes bedeuten. Die geforderten Leistungen seien unerschwinglich und unüberwindlich. Die Auslieferung eines großen Teiles des schon demütigten Viehbestandes würde Tausende von Elenden, Kranken, Kindern und Schwachen an Hunger und Mangel verurteilen. Die Verhinderung von Schlesia durch Wegnahme der oberirdischen Kohlen- und Steinkohlindustrie würde Schlesiens Industrie und Landwirtschaft vernichten. Die Unterzeichner fordern, daß die Regierung diesem Proteste des Selbstmordes nicht nachgibt.

### Die Nationalversammlung tagt in Weimar

**(Von unserem z. Sonderberichterstatter.)**  
**Weimar, 11. Mai.**  
Auf eine letzten des hiesigen Gemeinderates an die Reichsregierung in Berlin gerichtete Anfrage bezüglich des Verbleibs der Nationalversammlung in Weimar oder ihrer Zurückverlegung nach Berlin wurde eine im ersten Sinne gehaltene Antwort gegeben. Die Nationalversammlung in Weimar dürfte demnach Mitte oder Ende nächster Woche wieder beginnen.

### Thüringer Arbeiterräte und Reichswehr

**Weimar, 11. Mai.**  
In einer in Gera veröffentlichten Kundgebung der Thüringer Arbeiterräte wird begehrt, gegen die Belagerung thüringischer Städte mit Reichswehrtruppen zu protestieren. Im Falle die Belagerung doch erfolgen sollte, ist der Generalstreik zu proklamieren.

### Die deutsche Note und die Presse

**(Eigene Drahtmeldung der S. P.)**  
**Verfaßtes, 11. Mai.**  
Die Antwort auf die gestern abend überreichte Belegnote an dem deutschen Völkerverbund ist indirekt in dem „Journal de Debat“ enthalten, worin es heißt, die Entente werde es unbedingt ablehnen, den Völkerverbund eines Staates zu bilden, der nach ganz anderen Grundsätzen als der Völkerverbund offen wird, daß es sich vollständig um den Völkerverbund der alliierten Länder handle. Die heutige Morgenpresse stellt die deutsche Kundgebung gegen den Friedensvertrag als ein gezieltes Part hin, der nicht ernst zu nehmen ist.

### Wilson bleibe in Paris

**Köthen, 11. Mai.**  
Nach drastischer Meldung aus Washington wird Amerika nicht der Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Amerika zurückzukehren. Es wird durch die Post oder telegraphisch eine Botschaft an den Kongress senden, worin er die dringlichsten Fragen ansprechen wird, über die der Kongress in erster Linie beraten wird. Der Friedensvertrag und der Vorbehalt des Artikels 10 des Friedensvertrages, den Vereinigten Staaten und Großbritannien, werden dem Kongress vorgelegt werden, nachdem die Deutschen unterzeichnet hätten.

### Leipzig ohne Kampf besetzt

**General Maeder in Leipzig eingerückt**  
**Leipzig, 11. Mai.**

Am Sonntag morgen sind nach konzertierendem Bahntransport Regimentsgruppen unter General Maeder von vier Seiten her in Leipzig eingerückt und haben die Stadt ohne Kampf besetzt. Die Stadt ist ruhig. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.  
**(Eigener Bericht der S. P.)**  
**Leipzig, 11. Mai.**

Der heutige Morgen stellte Leipziger Bürgerstadt vor eine überraschende Tatsache: die Landesjäger haben ihren Einzug gehalten. Alle öffentlichen Gebäude wurden in den frühen Morgenstunden besetzt und die großen Plätze verwandelt sich in Gefängnisse, von wo aus sich die Truppen unter Zurücklassung von Patronen in die für sie bestimmten Quartiere vertrieben. Die Soldaten, welche unter dem Befehl des Generalmajors Maeder liefen, hatten noch langer Wahnwitz teilweise einen mehrstündigen Fußmarsch hinter sich, machten jedoch durchweg einen friedlichen Eindruck. Schon in der ersten Morgenstunde regnete es Flugblätter, welche der Einwohnerschaft von einem Befehl des Generalmajors Maeder Kenntnis gaben, der über Leipzig und die einmündigen Vororte das Ständrecht verleiht. Das Erfinden der „Leipziger Volkszeitung“ sowie der „Voten Kasse“ wurde bis auf weiteres verboten. Leipzig wurde kampffrei besetzt; wohl ist es zu einigen Zwischenfällen gekommen, die jedoch ganz unbedeutender Natur sind; zu werden vor dem Volkshause drei Personen verhaftet, Raucherzettel und Zettel durchsucht die Strohen und unterhalten die Truppen in ihrer Aufgabe, Menschenansammlungen zu zerstreuen. Die kleine Messe vor dem Hauptmarkt wurde geschlossen, auch das große Adrenan auf dem Sportplatz wurde abgebaut, ebenso müssen sämtliche Theater, Varietés, Kinos usw. geschlossen halten. Die Führer der Leipziger Arbeiterschaft und die Vorstände des A. und S. Rates, darunter auch Dr. Geiger, sind zum Teil in Schutzhaft genommen. Wenn die Leipziger Arbeiterschaft Besonnenheit beobachtet, ist damit zu rechnen, daß die Landesjäger am Mittwoch wieder abziehen.

### Die deutschen Gegenanschläge

In den Beratungen im Reichsabinett über die Antwort auf die sogenannten Friedensbedingungen der Alliierten schreibt uns unser Berliner Mitarbeiter:  
Das Reichsabinett berät jetzt unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert täglich über die Formulierung der Gegenanschläge, welche die deutsche Delegation, mit der das Reichsabinett in händiger Fühlung ist, in Versailles überreichen wird. Es ist schon betont worden und auch in der Note des Grafen Protopopoff-Rankan an Clemenceau ausgesprochen, daß die Regierung zur Grundfrage dieser Gegenanschläge die 14 Punkte des Herrn Wilson machen wird. Aber nicht nur diese, sondern auch jene Grundzüge, welche er in mehreren Vorkäufen an den Kongress vertritt hat und die laut der beim Abbruch des Waffenstillstandes abgeordneten festeren Vereinbarung sämtlich zur Grundlage des abzustellenden Friedens gemacht werden sollen. Die deutsche Regierung wird sich hierbei natürlich nicht auf die theoretische Geltendmachung dieser Grundzüge beschränken, sondern vielmehr auf dieser Basis genau ausgearbeitete konkrete Vorkläre ausarbeiten, welche die verlangten und vorgeschriebenen Wiederanordnungen enthalten, aber eben der Willföhrigen Lösung entgegenstehen; keine Annahmen, keine Kontraktionen, keine Strafentscheidungen. In der Forderung der Gegenanschläge wird heftig geäußert werden, daß der uns angestrebte Friede, der uns zu einer Kolonie der Entente herabdrücken will, nicht nur unerträglich, sondern besonders in seinen wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen auch unerfüllbar ist, daß aber weiter die uns auferlegten Bedingungen auch zu einander in unvereinbarem Widerspruch stehen, indem England uns durch die Abschaffung unseres Handels zu einem Industriestaat, Frankreich aber gleichzeitig durch den Kauf eines großen Teiles unserer Erze und Kohlenfelder uns zu einem reinen Rohstoffstaat machen will, der außerdem mehr, 60 Millionen Menschen zu ernähren, als das unsere Bevölkerung zum Teil

